

# Der heiße EU-Herbst

von Georg Eble

Brüssel. Europa steht ein heißer Herbst in Sachen Menschenrechte für Embryonen bevor. Es droht ein Dambruch: Für September hat die EU-Kommission eine neue ethische Grenzziehung für ihr 6. Forschungsrahmenprogramm (FRP) von 2003 bis 2006 angekündigt. Doch schon seit langem betätigt Brüssel alle Propaganda-Hebel, damit sie künftig „verbrauchende“, also tötende Embryonenforschung fördern darf. Die EU-Fetischisten der Forschungsfreiheit muten also den strikten Ländern wie dem Hauptnettozahler Deutschland zu, mit deren Steuergeldern Forschungen zu fördern, die im eigenen Land strafbar sind.

Im September 2002 hatten sich Ministerrat und Kommission überraschend auf ein Moratorium bei der verbrauchenden Embryonenforschung geeinigt. Es besagt unter anderem, dass die EU aus dem 6. FRP nur die Forschung an bereits vorhandenen embryonalen Stammzelllinien fördern darf. Doch das Moratorium läuft Ende diesen Jahres aus.

Die Kommission, der diese Atempause ein Dorn

im Auge ist, misst der Stammzellenforschung eine fast heilsgeschichtliche Bedeutung für das Schicksal Europas bei

und legt einen erstaunlichen missionarischen Eifer an den Tag, um mit ihrem Ansatz Terrain zu gewinnen. In einem Bericht vom April wird die Stammzellenforschung als „eines der vielversprechendsten Gebiete der Biotechnologie“ beschrieben, weil sie die Heilung chronischer Krankheiten, wie Diabetes, Parkinson oder Herzschwäche in Aussicht stellt. Das Forschungsgebiet (allerdings an allen Stammzellen, auch den ethisch unbedenklichen von Erwachsenen und aus Nabelschnurblut), fällt im 6. FRP unter den vorrangigen Themenbereich 1 „Biowissenschaften, Genomik und Biotechnologie im Dienste der Gesundheit“. Für ihn sind allein 2,5 der 17,5 Milliarden Euro vorgesehen. Es gehe um einen Markt, der bis 2005 allein in Europa 100 Milliarden Euro umfasse und der bis 2010 die USA überhole. Der Europäische Rat versprach sich vom 6. FRP im März 2000, die EU „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen



Foto: Rehler & Panner

2000	2001	2002		
<p><b>März</b> Der Europäische Rat beschließt in Lissabon das 6. Forschungsrahmenprogramm (FRP)</p>	<p><b>Herbst</b> Die National Institutes of Health (USA) legen ein Register für humane embryonale Stammzellen an</p>	<p><b>Januar</b> Deutschland führt eine Stichtagsregelung bei der embryonalen Stammzellenforschung ein</p>	<p><b>Februar</b> Die ersten Lizenzen der britischen Human Fertilization and Embryology Authority (HFEA) für die Forschung an Embryonen an das Imperial College (London) und die Universität Edinburgh</p>	<p><b>September</b> EU-Moratorium zur Forschungsförderung für verbrauchende (tötende) Embryonenforschung</p>

Zusammenhalt (!) zu erzielen“. Tatsächlich entfielen bis diesen April nur 9 der 15000 Förderanträge aus dem 6. FRP auf die embryonale Stammzellenforschung.

Mit allerhand Tricks und viel Schaum vor dem Mund versuchte die EU-Kommission bislang, den Schwerpunkt auf embryonalen statt auf adulten Stammzellen durchzudrücken. Einen ersten „Diskussionsentwurf“ zog sie im März zurück, nachdem ihr nicht nur der stellvertretende Vorsitzende der Bundestags-Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“, Hubert Hüppe, „euphorische“ Einseitigkeit vorgeworfen hatte.

Im März versuchte die Kommission glauben zu machen, eine breite Mehrheit in jedem Mitgliedsland, auch in denen mit strenger Regelung, stehe hinter dem Gen-Check vor der Einpflanzung von Embryonen (PID) und dem „therapeutischen Klonen“ (Schaffung von Embryos als menschliches Ersatzteillager). Hierbei beriefen sich die Eurokraten auf ihr Eurobarometer. Was Lebensschützer herausfanden: Die Kommission hatte in der Umfrage allgemein nach dem „therapeutischen Klonen von Zellen“ gefragt.

Doch das Europäische Parlament fuhr der Kommission im selben Monat in die Parade: Es forderte nicht nur das Ausklammern jeder Art des Klonens von der Förderung, sondern dessen totales Verbot in der EU. So erfreulich diese Stellungnahme für Lebensschützer war, so gefährlich wäre mittelfristig ihre 1:1-Umsetzung. Damit hätte nämlich die EU neuerdings ein rechtspolitisches Mandat in dieser Materie. Dieses könnte allzu leicht strenge einzelstaatliche Gesetze wie in Deutschland oder Irland aushebeln, wenn die Stimmung in Straßburg kippt. Forschungskommissar Philippe Busquin hatte ja gerade versucht, die Kritiker in einem Bericht seiner Generaldirektion For-

schung zu beruhigen: „Die Regulierung ethischer Angelegenheiten fällt unter den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedsstaaten.“

Dagegen scheiterte in dieser ersten Lesung ein Antrag auf ein völliges Verbot der Forschung an „überzähligen“ Embryonen, die nach den auch in Deutschland erlaubten künstlichen Befruchtungen (In-vitro-Fertilisation, IVF) verworfen werden, denkbar knapp mit einem Patt: 232 Abgeordnete stimmten mit Ja, ebenso viele mit Nein.

Im selben Monat inszenierte die EU-Kommission ein „interinstitutionelles Seminar“, auf dem drei von vier Wissenschaftlern die embryonale Stammzellenforschung forderten. In einem Bericht, den die Kommission dazu reichte, heißt es dann: „Die Stammzellforschung dürfte sich (...) ebenso bedeutend für die Grundlagenforschung wie für andere spezifische Anwendungen erweisen.“ Mit kaum verhohlener Sympathie lobt die Kommission die beiden Länder mit den beliebtesten Vorschriften als aufklärerisch: „Sowohl in Schweden wie auch im Vereinigten Königreich wurde die Notwendigkeit erkannt, öffentliche Stammzellbanken, auch für humane embryonale Stammzellen, aufzubauen.“

Und EU-Forschungskommissar Philippe Busquin, ein Belgier, vergisst bei der Propagierung seiner Forschungsförderung gern mal die Regeln der Toleranz: Er kanzelte die Gegner als „Taliban“ ab, auf die Europa gut verzichten könne. Der Vorsitzende des Forschungsausschusses im Europäischen Parlament, der spanische Sozialist Carlos Westendorp y Cabeza, versuchte ebenfalls, die Kritiker in eine Schublade zu drücken: Es gebe in der Diskussion „extreme Standpunkte“, sagte er und meinte damit freilich nicht seine eigenen. Die Skeptiker verglich er mit

der Seite der Religion und der Inquisition gegenüber der Wissenschaft im Fall Galilei. Busquins Kollege für Entwicklung und humanitäre Hilfe, Poul Nielson, hat laut der Organisation C-Fam eine Informations-Sammelstelle eingerichtet, das die US-Lebensrechtsbewegungen beobachten soll. Lebensschützer beeinflussten auch EU-Politiker negativ.

Nach Redaktionsschluss beriet der EU-Ministerrat einen neuen Entwurf der Durchführungsbestimmungen. Die EU-Forschungsförderung für embryonale Stammzellenprojekte indes lässt sich nach Einschätzung des Arbeitsgruppen-Vorsitzenden Bioethik der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Dr. Peter Liese, nicht ganz verhindern. Der über jeden Verdacht erhabene Lebensschützer spricht sich aus pragmatischen Gründen dafür aus, die deutsche Stichtagsregelung für die Verwendung von Stammzelllinien auf das 6. FRP zu übertragen. Das würde es erschweren, weitere Embryonen ihrer Stammzellen zu berauben und sie damit zu töten. Der Ratsbeschluss geht voraussichtlich zur zweiten Lesung ins Parlament, das vermutlich den Vermittlungsausschuss anrufen wird. Für Lobbyarbeit von Lebensschützern in Straßburg und gegenüber der Bundesregierung, die das Embryonenschutzgesetz angeblich ebenfalls verwässern will, gibt es also genug zu tun.

Georg Eble (33) ist Wirtschaftsredakteur für das Monatsmagazin „Business in Baden“ und das „Offenburger Tageblatt“ sowie ALfA-Bundesdelegierter.

## 2003

### Januar

Beim britischen National Institute for Biological Standards and Control (NIBSC) nimmt die weltweit erste umfangreiche öffentlich finanzierte Stammzellenbank ihre Arbeit auf.

### März

Die EU-Kommission veröffentlicht ihre Umfrage "Europeans and Biotechnology 2002": Mehrheit für Klonen und verbrauchende (tötende) Embryonenforschung

### April

EU-Parlament fordert völliges Klonverbot. Antrag auf Verbot der Forschung an "überzähligen" Embryonen scheitert knapp. Die EU-Kommission inszeniert ein Seminar zur Stammzellenforschung. Belgien erlaubt "therapeutisches" Klonen und die Forschung an "überzähligen" Embryonen

### Juni

Der EU-Ministerrat berät über einen "Gemeinsamen Standpunkt" zu den FRP-Durchführungsbestimmungen